Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Freitag, den 2. Januar 1920 — Nr. 2 / A 2 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.50 M., bei direktem Postbezug monatl. 5.15 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 13.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile od. deren Raum einschl. Teuerungszuschlag 3.60 Mk., das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pf. Familien- und Organisations-Anzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile 2.40 Mk., das fettgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 2895—96, 9765

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Syndikalistenparade.

Der Syndikalismus war in Deutschland stets zur Bedeutungslosigkeit verdammt und er wird es weiter sein, denn er steht mit seinen Absichten und Methoden in allzu offenem Widerspruch zu den Erfahrungen und Interessen der Arbeiterklasse. Daran werden auch die prophetischen Reden nichts ändern, die die Kater und Rocker auf dem jüngstabgehaltenen 12. Kongreß der deutschen lokalistischen Gewerkschaften gehalten haben. Ein deutliches Zeichen der Schwäche der syndikalistischen Bewegung ist es, daß die Agitatoren häufig unter falscher Flagge segeln müssen, um Erfolg zu haben, was auf dem Kongreß mehrfach zugegeben wurde. So berichtete der Düsseldorfer Delegierte, daß man den dort neu gewonnenen Mitgliedern nicht sagen dürfe, daß sie Syndikalisten seien, denn sonst liefen sie in hellen Scharen davon. Ferner lag dem Kongreß ein von ähnlichen Motiven eingegebener Antrag vor, der verlangte, daß die Bezeichnung Syndikalisten fallen gelassen werden möchte. Kater ersetzte in seinem Geschäftsbericht die sonst bei solchen Anlässen üblichen Zahlen über den Mitgliederstand durch die Behauptung, daß die Zukunft dem Syndikalismus gehöre. Und auch das geistige Haupt der lokalistischen Bewegung, der „Propagandist" Rocker, wie er sich als echter Syndikalist nach französischem Muster eigentlich nennen müßte, hat es in seinem großen zweitägigen grundsätzlichen Referat unterlassen, seinen — zum großen Teil neu gewonnenen — Zuhörern reinen Wein über das Wesen des Syndikalismus einzuschenken, was, soweit wir Rocker kennen, sicher nicht auf einen Mangel an Befähigung zurückzuführen ist.

Viel war die Rede von der „direkten Aktion", einer Begriffsbildung, bei der sich nicht viele deutsche Arbeiter etwas denken können. Der Syndikalismus versteht darunter die jederzeit selbständige Tat der Massen, die Ausschaltung aller Mittelspersonen, die Ablehnung jeder Art von Verhandlungen mit Vertretern der herrschenden Mächte durch Vertreter der Arbeiter. Daraus folgt eine Taktik, die den Streik um des Streikes willen pflegt, da in ihm die Handlung der Massen am reinsten zum Ausdruck kommt. Diese Methode verwirft alle taktischen Bedenken und sieht in jedem Streik, der nicht zustande kommt oder gar durch erfolgreiches Verhandeln verhütet wird, eine verpaßte Gelegenheit. Auch der erfolglose Einzelstreik hat Bedeutung als Schulstreik, als Vorbereitung auf den großen Generalstreik, der die syndikalistische Bewegung zum Ziele führen soll. Aus dieser Taktik folgt die Ablehnung des Zentralismus, der den bedenkenlosen Einzelstreik, dessen Ausbruch durch nichts gehindert werden darf, unmöglich macht. Wir glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft im letzten Jahr erfahren hat, was für ein unangenehm zweischneidiges Werkzeug der Streik sein kann, wenn er blindlings und ohne Rücksicht auf den inneren Zusammenhang aller Glieder der Volkswirtschaft und auf die Gesamtlage im Lande, unter Außerachtlassung zentralistisch orientierter Disziplin einmal hier, einmal dort geführt wird.

Weiter folgt aus dieser Auffassung die Ablehnung des Parlamentarismus, der ohne Mittelspersonen, Abgeordnete, vom Volk gewählte politische Vertrauensmänner gar nicht denkbar ist. Aber das ist nicht der einzige und nicht einmal der wichtigste Grund für den konsequenten Antiparlamentarismus der Syndikalisten. Der Syndikalismus lehnt den Kampf gegen die Staatsgewalt, gegen die politische Ausdrucksform der kapitalistischen Ordnung, den Klassenstaat, überhaupt ab, und damit verwirft er zugleich die Bildung von politischen Parteien durch die Arbeiterklasse zum Zwecke der Eroberung der politischen Macht. Was natürlich die Staatsgewalt nicht hindern wird, zu existieren und ihrerseits alle Machtmittel gegen die von den syndikalistischen Gewerkschaften betriebenen ökonomischen Aktionen aufzubieten. Auch darin hat die deutsche Arbeiterschaft im letzten Jahre reiche Erfahrungen gesammelt.

Wenn die Syndikalisten auf diesen Einwand stoßen, dann antworten sie mit Ausflüchten. So auch Rocker auf dem Kongreß. Er erklärte, man halte ihnen entgegen, „wenn die Syndikalisten die Betriebe übernehmen würden, käme die Polizei oder Noske mit seiner Garde, und würde die Syndikalisten verjagen." Rocker hatte dazu nur folgende Ausrede zu sagen: „Am 9. November hatte das deutsche Proletariat die politische Macht, es wußte nicht nur nichts mit dieser politischen Macht anzufangen, sondern konnte auch diese Macht nicht erhalten, weil die Enteignung nicht durchgeführt wurde." Das heißt doch nur, daß das Proletariat nach dem 9. November die „Enteignung nicht durchführen" konnte, obwohl es die politische Macht besaß. Woraus sich für jeden Denkfähigen ergibt, daß die ökonomische Revolution erst recht unmöglich ist, wenn die Eroberung der politischen Macht nicht vorausgeht. Das deutsche Proletariat weiß jedenfalls, daß es den herrschenden Klassen erst einmal die politischen Machtmittel entreißen muß, mit denen sie ihre ökonomische Herrschaft decken, bevor es daran denken kann, die Volkswirtschaft nach sozialistischen Prinzipien zu organisieren. Die Arbeiterklasse weiß ferner, daß sie ihren Kampf am besten fördert, wenn sie sich aller Mittel bedient, der ökonomischen und politischen Massenaktion sowie des Parlamentarismus, der Verhandlung mit dem Gegner, wie der starken, aber organisierten und überlegen geführten Streikbewegung, des Einzelstreiks, wie des Massenstreiks — je nach Gunst oder Ungunst der Situation. Die Syndikalisten aber beschränken sich vollends auf die ökonomische Aktion. Der politische Kampf erscheint ihnen als Umweg. Auch das liegt im Begriff der „direkten Aktion", wie sie ihn auffassen, enthalten. Ihr Ziel ist lediglich die Besitzergreifung der Produktionsmittel — nicht durch eine Organisation der Gesellschaft, einen Staat, sondern durch die einzelnen Gruppen der in den Betrieben und Industriezweigen beschäftigten Arbeiter. Sie behaupten, daß nach solcher Besitzergreifung der Staat und die Staatsgewalt — hohle Blasen, die nur über den ökonomischen Untergrund gestülpt sind — von selbst zerplatzen, weil sie ihre Basis verloren haben, eine Hoffnung, die Rocker in seinem oben zitierten Wort, genau besehen, selbst als haltlos abgetan hat. Aber er geht in dieser Selbstwiderlegung noch manchen kühnen Schritt weiter. So erklärt er folgendes:

„Im Falle eines neuen 9. November in einem Lande mit vorwiegend syndikalistischen Organisationen, hätten sich die so konsolidierten Industrieverbände und Arbeiterbörsen in statistische Bureaus zu verwandeln, um einerseits die Rohstoffe zu erfassen und Fortführung der Produktion zu sichern und um andererseits den notwendigen Verbrauch festzustellen, zur Regelung der Produktion."

Sehr hübsch. Der gute Mann hat nur im Eifer übersehen, daß der Fall des 9. November, den er selbst als Voraussetzung für die von ihm vorgeschlagene Organisation der Produktion zu halten scheint, ein Fall von Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war, die nur möglich ist durch den verpönten politischen Kampf gegen die Staatsgewalt. Und weiter: ist denn eine solche Organisation der Produktion für einen Syndikalisten überhaupt erlaubt? Hat sie nicht wiederum eine Organisation der Gesellschaft, einen Staat mit zentralistischer Spitze zur Voraussetzung, nur daß dieser Staat kein Klassenstaat mehr ist? Und ist das nicht ein Ding, das jeder forsche Syndikalist als konsequenter Gegner eines jeglichen Zentralismus bisher mit glühender Seele haßte? Ist der brave Rocker etwa schon ein wenig „reformistisch" angekränkelt?

Diese heillose Konfusion ist das Kennzeichen einer in Deutschland totgeborenen Bewegung, die nur im Augenblick ein wenig Leben schöpft aus der unfaßlichen Dummheit und Grundsatzlosigkeit gewerkschaftlicher Zentralbureaukraten und parlamentarischer Kretins im rechtssozialistischen Lager.

Neue Verzögerung des Friedensschlusses

Die Verhandlungen in Paris.

Paris, 1. Januar.

„Petit Parisien" sagt, man erwartete die Antwort der deutschen Regierung in betreff der schriftlich fixierten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freiherr v. Lersner hätten den 6. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des strittigen Gerichtsstandes der Abstimmungs-Gebiete wolle General Lerond alle Fragen so lösen, daß spätere Verwicklungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifizierungsurkunden nicht vor dem 10., ja selbst 12. Januar erfolgen dürfte.

Saint Brice im „Journal" behauptet, General Lerond glaube, noch etwa 10 Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Keine Kredite aus amerikanischen öffentlichen Mitteln.

H. U. New York, 1. Januar.

„New York Herald" meldet, daß die Anleihen für Europa nicht mehr aus amerikanischen öffentlichen Geldern entnommen werden dürfen. Das Schatzamt soll unter direkte Kontrolle des Kongresses gestellt werden. Das äußerste, was Europa erhalten könne, sei eine Vereinbarung bezüglich der Zinsen, die Europa an Amerika schuldet. Anleihen oder Kredite müssen künftig aus privaten Quellen hervorgehen oder Banken können sich bereit erklären, das Risiko zu übernehmen.

Das Ergebnis der Arbeitskonferenz in Washington.

Eine Aeußerung Jouhaux.

Paris, 1. Januar.

Die französische Abordnung zur Internationalen Konferenz für Arbeiterrecht in Washington ist gestern in Le Havre angekommen. Generalsekretär Jouhaux äußerte, das erwartete Ergebnis sei noch nicht erreicht, den Delegierten sei das Recht internationaler Gesetzgebung noch nicht geworden. Ihre Arbeit sei also nur akademisch gewesen. Trotzdem bedeuteten die zum Teil unvollständigen Beschlüsse einen starken Schritt zu internationaler Regelung und zur Beseitigung imperialistischer Gegensätze. Für beachtenswert hält Jouhaux das neue Recht der Völker, gegen Nationen zu handeln, die sich gegen internationale Abmachungen vergehen würden. Das Kontrollrecht sei der Konferenz zuerkannt worden. Die Maßnahmen festzulegen, die das internationale Tribunal solle treffen können, müsse die nächste Aufgabe der beteiligten Organisationen sein.

Die Friedensbedingungen des Zaren.

Nach einer Wolff-Meldung veröffentlicht die „Humanité" nach dem Chicago „Daily News" vom 8. November einen Bericht von Isaac von Levin, den er von Berlin aus seinem Blatt übermittelt hat. Es handelt sich um den dritten Teil einer Depesche vom 23. November 1914 des französischen Botschafters Paléologue, der die Friedensbedingungen des Zaren Nikolaus enthält. Es sind die bekannten imperialistischen Forderungen des zaristischen Rußlands. Oesterreich soll zerstückelt werden, Rußland soll das ehemalige Polen und ein Teil von Ostpreußen annektieren, Frankreich Elsaß-Lothringen zurückerhalten und sich nach der Rheinprovinz ausdehnen, Belgien müßte einen bedeutenden Länderzuwachs erhalten, Frankreich und England sich in die deutschen Kolonien teilen, Schleswig-Holstein und die Zone des Kieler Kanals müsse Dänemark zugesprochen werden. Diese Forderungen hat der Zar mit der üblichen Beteuerung begleitet, daß er sich nur von einem höheren Ideal leiten lasse.

Die Veröffentlichung bringt nichts neues. Daß das zaristische Rußland im Verlaufe des Krieges seine Forderungen immer weiter ausgedehnt hat, ist bekannt genug. Der Imperialismus ist sich in allen Ländern gleich, er achtet weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker, noch irgendeine andere nationale Forderung, er sucht lediglich seine eigenen Interessen zu befriedigen. Wenn der deutsche Imperialismus gesiegt hätte, so würde er seine Ansprüche in derselben Weise zu befriedigen gesucht haben, wie es das zaristische Rußland versucht hat und wie es jetzt die Entente uns gegenüber unternimmt.

Telephonistenstreik in Dänemark.

Kopenhagen, 31. Dezember.

Da die Lohnverhandlungen zwischen der hiesigen Telephongesellschaft und den Vertretern der Angestellten in der letzten Nacht als ergebnislos abgebrochen wurden, hat der Telephonstreik heute begonnen. Um 11 Uhr legten die Telephonarbeiter in ganz Dänemark die Arbeit nieder. Die Telephonistinnen und die übrigen Angestellten treten heute nacht 12 Uhr in den Ausstand.

Willy an Nicky.

Die „Vossische Zeitung" beginnt mit der Veröffentlichung einer Reihe von Briefen, die Wilhelm II. in den Jahren 1895 bis 1914 an den Zaren Nikolaus gerichtet hat. Schon die ersten Briefe zeigen, wie sehr Wilhelms Neigungen nach Rußland gestrebt haben und wie er sich bemüht hat, ein Bündnis zwischen dem monachischen Deutschland und dem zaristischen Rußland zustande zu bringen. Rußland sollte dadurch die Möglichkeit bekommen, sich nach dem asiatischen Osten auszudehnen, wobei auch für Deutschland einige kleine Eroberungen hätten abfallen können; Deutschland dagegen sollte Rußland den Rücken in Europa decken. In einem Briefe vom 7. Februar 1895 schreibt Wilhelm:

Seitdem die traurigen Wochen, die Du zu durchleben hattest, verflossen sind, hat sich in Europa viel ereignet. Du hast einen trefflichen alten Diener Deiner Vorgänger, den alten Giers, verloren; er war ein sehr guter Mensch, für den ich viel Achtung empfand. Frankreich hat überraschenderweise sein Staatsoberhaupt und seine Regierung gewechselt und durch eine Amnestie die Türen allen den schlimmsten Uebeltätern geöffnet, die die früheren Leute unter großer Schwierigkeit haben einsperren lassen. Der Impuls, der dadurch den Demokraten und der revolutionären Partei gegeben wurde, ist auch hier fühlbar. Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehenkt zu werden.

In England wankt das Ministerium unter allgemeinem Hohngelächter seinem Sturze zu. Kurz, überall wird das „principe de la Monarchie" sich stark zeigen müssen. Ich freue mich deshalb über die ausgezeichnete Rede, die Du neulich vor den Deputationen in Beantwortung einiger Reformwünsche gehalten hast. Sie war sehr trefflich und hat überall einen großen Eindruck gemacht.

Zur Erklärung dieses Briefes, soweit er sich auf innerpolitische Vorgänge bezieht, sei bemerkt, daß damals die Umsturzvorlage auf der Tagesordnung stand und daß sich Wilhelm damals noch berufen glaubte, die Welt vom Sozialismus zu erretten. Die Aeußerung über den Reichstag ist schon vor dem Krieg bekannt geworden.

In einem Brief vom 26. April 1895 heißt es:

Lieber Nicky!

Ich danke Dir aufrichtig für die ausgezeichnete Art, in der Du die kombinierte Aktion Europas zur Wahrung seiner Interessen gegen Japan in die Wege geleitet hast. Es war hohe Zeit, daß energische Schritte getan wurden, und es wird in Japan und anderswo einen ausgezeichneten Eindruck machen. Es zeigt klipp und klar, wie notwendig es ist, daß wir zusammenhalten, und auch daß es eine gemeinsame Interessengrundlage gibt, auf welcher alle europäischen Nationen gemeinsam für die Wohlfahrt aller vorgehen können, wie auch aus dem Festhalten Frankreichs an uns beiden hervorgeht. Möge die Ueberzeugung, daß dies geschehen kann, ohne die Ehre einer Nation zu verletzen, immer fester Wurzeln fassen; dann wird unzweifelhaft die Kriegsfurcht in Europa immer mehr dahinschwinden. Die freundlichen und höchst wertvollen Botschaften, die Du mir durch Osten-Sacken durch Vermittlung des Grafen Eulenburg in Wien übersandt hast, haben mir einen deutlichen Beweis Deiner Loyalität und Offenheit mir gegenüber gegeben. Ich werde sicherlich alles tun, was in meiner Macht steht, um Europa ruhig zu halten, und auch den Rücken Rußlands decken, so daß niemand Deine Aktion in der Richtung des Fernen Ostens behindern wird. Denn dies ist offenbar in Zukunft die große Aufgabe für Rußland, seine Aufmerksamkeit dem asiatischen Kontinent zuzuwenden . . . Ich werde der weiteren Entwicklung unserer Aktion mit Interesse entgegensehen und hoffe — ebenso wie ich Dir mit Freuden helfen werde, die Frage einer etwaigen Annexion von Gebietsteilen für Rußland zu lösen — Du wirst gütigst darauf sehen, daß Deutschland ebenfalls irgendwo, wo es Dich nicht geniert, einen Hafen zu erwerben vermag. Ich fürchte, da die Norweger in einer an Irrsinn grenzenden Verfassung sind, wird es mir nicht möglich sein, meine Sommerreise dorthin zu machen, sondern ich werde an der Ostküste Schwedens herumkreuzen müssen. Sollte dies der Fall sein, können wir nicht irgendwo, wo es Dir paßt, mit unseren beiden Jachten zusammenkommen und eine ruhige kleine Plauderstunde unter uns haben? Es wäre sehr nett.

Leb' wohl, lieber Nicky, meine besten Grüße an Alix und respektvolle Empfehlungen an Deine Mama von Deinem

stets ergebenen und Dich liebenden Freund

Willy.

In einem Briefe vom 10. Juli 1895 versichert Wilhelm dem Zaren aufs neue, daß er ihn in seinen ostasiatischen Plänen unterstützen werde. Es heißt dort:

Ich habe mich gefreut, ihm darlegen zu können, wie eng unsere Interessen im Fernen Osten miteinander verknüpft sind; daß meine Schiffe Order hatten, die Deinigen im Notfalle zu unterstützen, wenn die Dinge ernst würden! daß Europa Dir dafür danken müsse, daß Du die große Zukunftsfrage so schnell erfaßt hast, die für Rußland darin liegt, seine Aufmerksamkeit Asien zuzuwenden und das Kreuz und die alte christlich-europäische Kultur gegen Eingriffe der Mongolen und des Buddhismus zu verteidigen; daß Du, wenn Rußland mit dieser riesigen Aufgabe beschäftigt sei, natürlicherweise den Wunsch hättest, in Europa Ruhe und Deinen Rücken frei zu haben, und daß natürlicherweise und ohne Zweifel dies meine Aufgabe sei, und daß ich niemandem den Versuch erlauben würde, sich in Deine Sache einzumischen — und Dich in Europa von rückwärts anzugreifen, während der Zeit, da Du die große Mission erfüllst, die der Himmel Dir vorgezeichnet hat. Das sei so sicher wie das Amen in der Kirche!

Dieser Brief schließt mit einer langen Beschwerde darüber, daß während der internationalen Flottenschau bei Gelegenheit der Eröffnung des Nordostseekanals zwei russische Spione eifrig gegen Deutschland tätig gewesen seien. Eine hübsche Illustration dafür, mit welchem Mißtrauen die Freunde einander betrachtet haben.

Im allgemeinen bringen die bisher veröffentlichten Briefe nichts Neues. Sie zeigen Wilhelm in seinen auf das persönliche Regiment eingestellten Auffassungen. Durch eine Festigung des monarchischen Gedankens, durch eine Koalition mit dem Zarismus glaubte er, der Welt den Frieden erhalten zu können, und er sah auch schon Frankreich in diesem Bunde als Dritten. Die weitere Entwicklung hat diesen Glauben zunichte gemacht. Die Krone des Zaren ist ebenso auf das Pflaster gerollt, wie die Krone des Kaisers, nachdem sich Mongolen, Buddhisten und andere Vertreter des fernen Ostens in der Entente mit dem Kämpfer für „das Kreuz und die alte christlich-europäische Kultur" gegen das imperialistische Deutschland zusammengefunden hatten. Die Geschichte hat ihr Urteil über Wilhelms Politik gesprochen, die Kosten dafür hat freilich das deutsche Volk zu zahlen.

Der Fall Roechling.

In der Affäre der Gebrüder Roechling, die von französischen Gerichten wegen gewinnbringender Requisitionen im Kriegsgebiet zu schweren Strafen verurteilt worden sind, wird noch bekannt, daß auch der dritte Bruder, namens Hermann, bestraft worden ist. Bemerkenswert ist ferner die französische Darstellung des Falles. Der „Figaro" schreibt darüber:

„Robert Roechling war Kavallerieoffizier. Er wurde im Dezember 1918 in seiner Fabrik in Karlsruhe verhaftet, weil er den Oberst Mercier, Inspektor der Hüttenwerke, beleidigt hatte. Mercier fragte in, warum er das gestohlene Material, das in seinen Fabriken aufgespeichert und beim Herannahen der Franzosen auf Weisung Robert Roechlings in die Luft gesprengt worden war, habe zerstören lassen. Die Anklage hat ergeben, daß die Brüder Roechling während des Krieges die systematische Zerstörung der französischen Eisenwerke im Bassin von Briey, in Rehon, La Chiers, Micheville und Longwy betrieben haben, um ihre Konkurrenz zu unterdrücken. Sie haben zwei Jahre gebraucht, um acht Millionen Tonnen Material in ihre Fabriken in Karlsruhe schaffen zu lassen. Alles übrige wurde an Ort und Stelle so beschädigt, daß ein Betrieb in den Werken unmöglich gemacht wurde. Bei Robert Roechling hat man außerdem Wäsche, Möbel und Kunstgegenstände gefunden, die in Frankreich gestohlen waren. Der Angeklagte hat behauptet, daß er auf Weisung der deutschen Regierung gehandelt habe, aber die Verhandlungen haben ergeben, daß er aus eigener Initiative gehandelt und daß die Regierung sein Vorgehen nur gebilligt hat."

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt dazu, es sei wenig glaubhaft, daß der reiche Herr Roechling auch Wäsche gestohlen haben soll. Das ist recht naiv. Auch die deutschen Offiziere waren meist keine armen Schlucker, und doch haben viele gestohlen wie die Raben, wie jeder Kriegsteilnehmer weiß, der im Felde die Augen offen gehalten hat.

Aber das Blatt schreibt ferner dazu:

„Es fehlt bisher leider an jeder amtlichen Mitteilung darüber, wie der Fall Roechling nach deutscher Auffassung liegt und was die doch gewiß inzwischen von deutscher Seite eingeleitete Prüfung der Anschuldigungen ergeben hat. Wer auch immer sich im besetzten Gebiet an völkerrechtswidrigen Verboten beteiligt, fremdes Gut entwendet und aus Eigennutz oder aus anderen Motiven eine rechtswidrige systematische Zerstörung betrieben hat, muß bestraft werden. Sollte der Fall Roechling so liegen, wie die französische Presse behauptet, so würde Herr Roechling Strafe verdienen. Aber eine Verurteilung, die in solcher Affäre durch ein französisches Gericht erfolgt, kann nicht als ein unparteiisches Urteil wirken."

Auch wir wollen gewiß nicht behaupten, daß die französischen Richter sich bei der Festsetzung der furchtbaren Strafe nur von objektiven Gesichtspunkten leiten ließen. Es mag schon ein gut Teil Rachegefühl mitgesprochen haben. Immerhin klingt diese Beurteilung schon erheblich anders, als die ersten Entrüstungsstraßen mancher bürgerlichen Blätter, die auf die engelreine Unschuld der Herren geschworen haben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" dagegen spricht noch immer ohne Einschränkung von der „Rachsucht der Franzosen", der die Gebrüder Röchling „zum Opfer gefallen" seien. Ueber die Motive des Urteils stellt das Blatt folgende Betrachtungen an:

„Außerdem erwarten wahrscheinlich die französischen politischen Kreise besonders von der Verurteilung Robert Roechlings, der in ganz Elsaß-Lothringen eine hochgeachtete und anziehende Persönlichkeit war, eine schwere Schädigung des deutschen Ansehens."

Auch wir finden, daß das deutsche Ansehen schweren Schaden erleiden muß, wenn „angesehene Persönlichkeiten" so niedriger Handlungen überführt werden, wie die Gebrüder Roechling. Und verbessert kann das Ansehen nur werden, wenn man sich entschließt, die Urheber aller dieser Verbrechen in Deutschland selbst zu bestrafen. Das könnte auch zur Auffrischung des Ansehens der deutschen Justiz beitragen, die es gleichfalls sehr nötig hat.

Die „Schande".

In einem Leitartikel, der sich mit tönerner Entrüstung gegen die Auslieferung der Kriegsverbrecher an die Entente wendet, schreibt die dazu sicher am meisten berufene wüstchauvinistische „Tägliche Rundschau":

„Wir können nach unserer Selbstentwaffnung nichts gegen die Gewalt; aber wir dürfen ihr nicht Schergendienste leisten. Wer zur eigenen Schändung mithilft, ist ihrer wert. Wie wir hören, will Präsident Ebert sein Amt niederlegen, weil es ihm unmöglich, diese Schande mitzumachen."

Eifrig verbreitet Wolffs Bureau dazu folgende Meldung:

„Zu der Aeußerung der „Täglichen Rundschau", sie habe gehört, der Reichspräsident wolle sein Amt niederlegen, weil es ihm unmöglich sei, die Schande der Auslieferung mitzumachen, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Bei dieser Behauptung des genannten Blattes kann es sich nur um ein parteipolitisches Manöver handeln, zu dem gerade der „Täglichen Rundschau" jede sachliche Unterlage fehlen dürfte."

Nun geht es mit Ebert beinahe so, wie einst mit Reinhard: man weiß nicht, ob er geht oder ob er bleibt. Aber auch wir trauen Fritz Ebert ein dickeres Fell zu. Hat er so manche innerpolitische Schande auf seinen breiten Rücken genommen, wird auch die „Schande" der Gerechtigkeit gegenüber den Kriegsverbrechern ihm nichts antun. Aber in solchen Verdacht bei der nationalistischen Presse kommt man, wenn man Neujahrsbotschaften verbreitet, aus denen es noch berühmten Mustern herausklingt: „Ich kenne nur noch Deutsche!" Aber vielleicht meint die „Tägliche Rundschau" nur, der als Präsidentschaftskandidat genannte Hindenburg sei geeigneter, die „Schande" auf sich zu nehmen.

Herr Winnig weiß nichts.

Der Herr Oberpräsident Winnig hat dem Königsberger Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" mitgeteilt, daß ihm die von uns wiedergegebene Meldung über ein Ausschlußverfahren beim Berliner Zentralvorstand gegen ihn nicht bekannt sei. Er wisse nur, daß von der Tilsiter Parteiorganisation ein Antrag auf Ausschluß gestellt wurde, über den noch nicht verhandelt worden sei. Der Antrag gehe auf einen Konflikt zurück, der mit der Tilsiter Parteiorganisation infolge des Tilsiter Generalstreiks im Oktober entstanden sei. Mit der Gesamtpolitik Winnigs habe dieser Antrag nichts zu tun, er hoffe vielmehr immer noch, daß seine Partei sowohl im Reiche wie in Ostpreußen den von ihm vertretenen Anschauungen folgen werde.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" knüpft daran die Bemerkung, daß man in den bürgerlichen Lagern Ostpreußens die Zurückweisung der Meldung der „Freiheit" begrüßen werde. Man würde Winnig nur mit lebhaftem Bedauern scheiden sehen. Die bürgerlichen Parteien haben nichts zu fürchten. Die Noskepartei wird einen Mann wie Winnig nicht aus ihren Reihen stoßen. Er ist der wahre Vertreter seiner Partei, weshalb sollte diese ihm ein Mißtrauensvotum ausstellen, zumal die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Deutschnationalen, mit seiner Politik so außerordentlich zufrieden sind?

Das Ausland zur deutschen Justizschande.

H. N. Haag, 1. Januar.

Die holländische Presse, die sich sonst mit den Gerichtsurteilen im Auslande selten beschäftigt, findet bei der Beurteilung des Gerichtsverfahrens gegen Oberleutnant Hiller ganz besonders harte Worte. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meint, man erkenne aus der Art, wie das Zeugenverhör stattgefunden habe und wie die Fragen gestellt worden seien, daß es die vorgefaßte Absicht des Kriegsgerichtes war, die Beschuldigungen möglichst zu entkräften und wo das nicht möglich war, ernste Folgen für den Angeklagten zu verhindern. Es sei beinahe doppelt soviel Zeit darauf verwendet worden, die Vorgesetzten Hillers zu vernehmen, die doch von seiner Behandlung der Mannschaften nicht das Geringste auszusagen wußten und nur bezeugen konnten, daß er ein brauchbarer Offizier war, als zum Verhör der eigentlichen Zeugen, die Hiller als Vorgesetzten über sich hatten und unter seinem unmenschlichen Regiment litten. Die eigentlichen Zeugen seien in ihren Darlegungen beschränkt worden, während die Entlastungszeugen soviel sprechen konnten, wie sie wollten, d. h. so lange sie nichts Nachteiliges gegen Hiller vorzubringen hatten. Das Urteil erinnere in der Tat an alle vor dem Kriege gegen Mißhandlung von Soldaten auferlegten Strafen, die die Entrüstung ganz Europas hervorgerufen hätten. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß dieses außerordentlich krasse Beispiel einseitiger Militärgerichtsbarkeit zum Schluß doch noch eine Bewegung hervorrufe, die der weiteren Duldung des Skandals deutscher Militärgerichtsbarkeit ein Ende machen werde, die ein Schandfleck für das neue Deutschland zu werden beginne.

„Allgemeen Handelsblad" schreibt: Das Urteil, das das Kriegsgericht in Berlin gegen Oberleutnant Hiller gefällt hat, wird wohl dazu beitragen, daß man in Deutschland sehnsüchtig dem Augenblick entgegensehen wird, daß dem gesetzmäßigen Rechtspruch unter Kameraden ein Ende gemacht wird. Oberleutnant Hiller wurde wegen Mißhandlung von Untergebenen zu 7 Wochen Festungshaft verurteilt. Der Beweis, daß er durch Mißhandlungen den Tod von einigen Soldaten heraufbeschworen hat, konnte nicht erbracht werden. Wohl aber wurde erwiesen, daß er schwerkranke Soldaten bei Frost und über 10 Grad Kälte an einen Baum band, sie ins Gesicht schlug, in Kloaken warf und die armen Kerls ohne Essen und ohne Trinken ließ. Wohl aber ist erwiesen, daß er Soldaten, die vor Erschöpfung nicht laufen konnten, mit dem Fuß trat und sagte: Das Schwein tut nur so. Es ist erwiesen, daß er Soldaten, die so krank waren, daß sie nicht mehr laufen konnten und nur auf Händen und Füßen vorwärts krauchten, mit Knüppeln über den Rücken schlug. Und darauf das deutsche Urteil von 7 Wochen Festungshaft, nicht mal Entlassung aus dem Heeresdienst.

„Nieuwe Courant", dem die Einzelheiten offenbar noch nicht vorlagen, sondern der nur das Urteil selbst kannte, meint: Nach altbewährter Methode hat W. T. B. uns nur den Urteilsspruch in einer Sache berichtet, in der die Nachrichtenagenturen nichts weiter berichtet hatten. Es scheint offenbar nicht bewiesen zu sein, daß der Tod die Folge von Mißhandlungen war. Nach so langer Frist ist das in der Tat schwer zu beweisen.

Die neue Verteuerung der Kohle.

Die Bergwerksunternehmer hatten für den 1. Januar eine Reihe von Preiserhöhungen beantragt. Der Reichskohlenverband hat ihnen zum Teil zugestimmt. Die „Deutsche Allg. Ztg." teilt darüber mit: „Die Preiserhöhungen für Rheinland-Westfalen betragen 7,50 M. für die Tonne Steinkohlen und 15 M. für Braunkohlen. Diese Preiserhöhungen verstehen sich nur für die gestiegenen Materialkosten. Die Anträge der Werke waren viel weitergehender, denn sie verlangten allein 20 M. für die gestiegenen Materialkosten und außerdem noch 20 bis 25 M. für die Wiederherstellung der Werke. Eine weitere Preiserhöhung um 6 M. die Tonne tritt ab 1. Januar in Kraft, die dem Bau von Bergarbeiterwohnungen dienen soll. Auch hier waren die Anträge der Werke höher. Ferner wurde beschlossen, ebenfalls mit Wirkung ab 1. Januar, zur besseren Verpflegung der Bergarbeiter einen Preiszuschlag von 2 M. pro Tonne für Steinkohlen und Braunkohlenbriketts in Kraft treten zu lassen. Die Gesamtpreiserhöhung für Steinkohlen, die somit ab 1. Januar für Rheinland-Westfalen in Kraft tritt, beträgt demnach 15,50 M. pro Tonne ausschließlich Steuern. Für Niederschlesien und Sachsen sind ebenfalls neue Preiszuschläge festgesetzt worden, und zwar im Gesamtbetrage von 18 M. die Tonne. Für Förderbraunkohle stellt sich der Preis um 8 M. und für Siebkohle um 4 M. die Tonne höher. Mit diesen Preiserhöhungen sind die Wünsche der Werke noch keineswegs befriedigt. Weit höher gehende Anträge liegen schon für den 15. Januar dieses Jahres vor, und zwar in der doppelten Höhe der jetzt bewilligten Zuschläge. Diese Forderungen der Zechen haben aber die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums nicht gefunden."

Beratungen über das Ernährungswesen.

Stuttgart, 1. Januar.

Wie das Süddeutsche Korrespondenzbureau hört, werden der Reichswirtschaftsminister und Vertreter der größeren Gliedstaaten vom 8. Januar ab mit der württembergischen Regierung in Stuttgart Besprechungen abhalten über die Lage und über die in nächster Zeit auf dem Gebiete des Ernährungswesens, der Ein- und Ausfuhr und anderer Fragen zu ergreifenden Maßnahmen. Im Anschluß daran werden Vertreter der Gliedstaaten in Stuttgart auch die Aufhebung der selbständigen Gesandschaften innerhalb des Reichs erörtern. Am 10. Januar ist der Besuch des Reichsverkehrsministers in Sachen des Rhein—Neckar—Donau-Kanals hier zu erwarten.

Die Beamtenzulage im besetzten Gebiete. An den Reichskanzler Bauer hat Abgeordneter Dr. Mönig folgendes dringende Telegramm gerichtet: Die neuen Beamtenzulagen sind im besetzten Gebiet ganz unzureichend, weil sich die Preise aller Bedarfsartikel immer mehr nach der Zahlungsfähigkeit der Ausländer richten. In Anbetracht der sehr schwierigen Verhältnisse bitten wir dringend, Neuregelung zu erwägen.

Der Blocksieg in Gotha.

Wie wir schon gemeldet haben, hat in Gotha bei der Oberbürgermeisterwahl der Erste Bürgermeister Scheffler in Sagan, der Kandidat der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten, 11 168 Stimmen, der Kandidat der Unabhängigen Sozialistischen Partei, Dr. F. Geyer, 5953 Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent.

Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung": Der ungünstige Ausgang dieser Wahl für unsere Partei ist um so auffälliger, als Gotha nicht erst seit der Revolution der Hauptsitz des linken Flügels der Sozialdemokratie war, sondern schon lange vor dem Kriege. Unsere Genossen, mit dem Veteran Bock an der Spitze, haben in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit das Herzogtum zu einem roten zu machen verstanden. Im Gothaischen Landtag war schon vor dem Krieg eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden, und der Aufstieg unserer Partei schien gefestigt und auf sicherem Grunde zu ruhen. Jetzt zeigt aber der Ausgang der Wahl, daß diese Annahme irrig ist. Woher dieser Wandel? Als vor einigen Wochen bekannt wurde, daß in der dortigen Partei schwere Differenzen ausgebrochen waren, da mußte damit gerechnet werden, daß die Wahlaussichten für unsere Partei sich verschlechterten.

Welche Auffassung über die Beteiligung an Wahlen bei einem Teile der dortigen Parteimitglieder vorhanden ist, das zeigt ein Satz aus der Wahlbetrachtung, den sich das dortige Parteiblatt leistet. Er lautet:

„Nun werden die Gegner große Siegeshymnen anstimmen und ziemlich viel buntes Zeug über die U. S. P. zusammenfaseln. Dieses Vergnügen sei ihnen herzlich gegönnt. Wir Arbeiter wissen ja nur zu bestimmt, daß die Wahlkämpfe in kommenden Zeiten zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft nicht mit Stimmzetteln in der Hand geführt werden, sondern dabei wird die Arbeiterschaft zu anderen Waffen greifen und diese zu führen wissen."

Was sind das für andere Waffen, die die Arbeiterschaft bei den Wahlkämpfen in kommenden Zeiten ergreifen wird? Was soll diese Drohung? Es scheint, daß es in Gotha nötig wird, einmal nachzusehen, ob dort noch Sozialdemokraten im Namen der Partei die Zeitung leiten und die Parteigeschäfte besorgen."

Ein Briefschicksal.

Genosse Breitscheid schreibt uns:

Am 22. November 1915 sandte der Genosse S. Semkowsky aus der Schweiz einen für die von mir damals herausgegebene Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik" bestimmten Artikel „Die Zimmerwalder Konferenz und die französische Partei" an mich ab. Der Brief, der den Aufgabestempel 22. XI. 15, XII trägt, ist am 31. Dezember 1919 in meine Hände gelangt. Er hat für seine Reise also mehr als vier Jahre gebraucht.

Auf der Rückseite des Kuverts prangen drei Stempel. Ein schöner mit dem Reichsadler und der Umschrift „Kaiserl. Deutsche Ober-Postdirektion Berlin", ein zweiter, der in deutscher und französischer Sprache mitteilt, daß der Brief aus Anlaß des Krieges in Deutschland zurückgehalten sei, und ein dritter, der in aller Harmlosigkeit die Ankunft am 30. 12. 19 4—5 Nm. bescheinigt.

Ueber die Zurückhaltung des Artikels während des Krieges soll kein Wort weiter verloren werden, obwohl mein beschränkter Untertanenverstand die Gründe für die Angst der Behörden nicht zu erkennen vermag. Aber woraus hat die Oberpostdirektion Berlin das Recht geschöpft, noch über ein ganzes Jahr nach Beendigung des Krieges die Auslieferung des Briefes hinauszuzögern?

Die Anekdote.

Zwischen einigen Schimpfereien auf unsere französischen Genossen finden wir, eingestreut wie eine Rosine in den Weihnachtsstollen, in der gestrigen Ausgabe des „Vorwärts" folgendes Stückchen:

Wir möchten bei dieser Gelegenheit folgende Anekdote erzählen, für deren Richtigkeit der Hauptbeteiligte, ein parteigenössischer Arzt aus Reinickendorf, sich verbürgt: Bei einem Krankenbesuch bei einem braven, anständigen Arbeiter sah der Arzt die „Freiheit" auf dem Tisch liegen und sagte beim Abschied seinem Patienten (es war während des Klüber-Prozesses, dessen Berichte das edle U. S. P.-Blatt regelmäßig unterdrückte): „Tue mir einen Gefallen und schreibe der „Freiheit", warum sie denn nicht über den Prozeß in Halle gegen die Mörder des Oberleutnants Klüber bringt?" — „Klüber? Klüber? Wer ist das?" Unser Genosse setzte dem U. S. P.-Mann die Geschichte auseinander. Dieser hört ehrlich entrüstet zu und fragt schließlich ungläubig: „Und darüber bringt die „Freiheit" wirklich nichts?" — „Na, sonst hättest du es doch selbst gelesen!" Der Arbeiter denkt eine Weile nach und schließlich leuchtet ihm eine Erklärung ein: „Wenn die „Freiheit" nichts darüber bringt, so ist es sicherlich, weil Noske es ihr verboten hat!"

Wir empfehlen den Rechtssozialisten, die Einverleibung dieser Anekdote in die nächste ABC-Fibel der deutschen Republik zu beantragen. Früher hat man Geschichten solcher Art in der arbeiterfreundlichen Presse alle Tage lesen können und wenn sie jetzt auch im „Vorwärts" erscheinen, so ist das nur ein weiterer Beweis dafür, daß das Blatt seine Leser als Kindsköpfe oder Analphabeten ansieht.

Im übrigen betrachte man den Stil dieser Anekdote. Der Arzt, der den „braven, anständigen" Arbeiter mit Du anredet, kommt direkt aus der Vorstellungswelt Wilhelms des Letzten. Glaubt das Blatt wirklich, daß es mit solchen Mätzchen Eindruck auf politisch denkfähige Arbeiter machen kann?

Ausländer, Fremde sind es meist ...

In Magdeburg wurden am Dienstag zwei Brüder verhaftet. Der eine gehört der kommunistischen Partei, der andere der U. S. P. an. Es sind geborene Polen, die längere Zeit in Magdeburg in Arbeit stehen. Mit den Strafgesetzen gerieten sie bisher in keiner Weise in Konflikt. Auf Anfrage der Redaktion unseres Magdeburger Parteiblattes beim Polizeipräsidium, wurde der Bescheid, daß die Verhaftung und Ausweisung von Berlin angeordnet sei, wahrscheinlich aus politischen Gründen.

Die brutale Ausweisungspraxis, deren Uebung schon vor dem Kriege in hoher Blüte stand, entspricht offenbar auch Herrn Severings, preußischen Ministers des Innern, Neigungen. Mehren sich doch in letzter Zeit die Nachrichten über Ausweisung Mißliebiger, zumal aus Preußen! Heine und Konsorten sind damit glücklich auf den Hund derselben Regierungsweisheit gekommen, die sie früher auf das bitterste befehdeten.

Der vorsichtige Scheidemann. Der „Vorwärts" hatte berichtet, daß Herr Scheidemann ein Verfahren gegen sich selber beantragt habe, und zwar wegen der Beschuldigung, daß er als Volksbeauftragter eine Belohnung auf den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt habe. Der „Vorwärts" sagte zu dieser Mitteilung:

Obwohl Scheidemann — wie auch wir — an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Sonnenfeld senior zweifelt, und obwohl er selbstverständlich die Wahrheit der Beschuldigung auf das entschiedenste in Abrede stellt, stellte er aus dem genannten Grunde den Antrag beim Staatsanwalt.

In seiner Neujahrsnummer muß sich der „Vorwärts" jedoch dahin berichtigen, daß Herr Scheidemann nicht gegen sich, sondern gegen Sonnenfeld ein Verfahren beantragt hat. — Herr Scheidemann ist also sehr vorsichtig gewesen. Wenn er und sein Blatt schon davon überzeugt sind, daß Sonnenfeld geistig unzurechnungsfähig ist, dann müssen sie doch wissen, daß bei einem Strafantrag gegen ihn nichts herauskommen kann. Herr Scheidemann wird also den besseren Teil der Tapferkeit schon aufgeben und auf andere Weise der Welt darlegen müssen, daß er ein untadeliger Ehrenmann ist.

Ueber die Wahlen zu den Elternbeiräten teilt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit: Die Zeitungsnachrichten, nach denen das Ministerium Termin für die Wahlen zu den Elternbeiräten angesetzt habe, treffen nicht zu. Regierungen und Provinzialschulkollegium haben die Aufgabe, für die ihnen unterstellten Schulen diese Festsetzung zu machen.

Im übrigen wird das Minister um Regierungen und Provinzialschulkollegien anweisen, den Wahltag in die ersten Wochen des März zu verlegen, um eine geordnete Vorbereitung der Wahl zu ermöglichen. Wo bereits ein früherer Termin festgelegt war, wird die Wahl verschoben werden.

Demnach ist eine weitere Verschiebung der Wahlen, die für Berlin-Brandenburg auf den 22. Februar angesetzt waren, nicht unmöglich.

Die Mittel für die Durchführung der sozialisierten Elektrizitätswirtschaft. Zur Durchführung des Gesetzes über Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist ein neuer Betrag von 300 Millionen Mark vorgesehen, dem der in der Ergänzung des Haushalts des Reichsschatzministeriums für 1919 zum Bau und Erwerb von elektrischen Hochspannungsleitungen, Transformatoren und Elektrizitätswerken ausgeworfene Betrag von 150 Millionen hinzutritt. Es stehen also zur Durchführung des Gesetzes, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, 450 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1919 zur Verfügung.

Erhöhung der Bierpreise. Das Reichswirtschaftsministerium hat für das Gebiet der ehemaligen norddeutschen Brausteuergemeinschaft mit Rücksicht auf die eingetretene Steigerung der Herstellungskosten den Herstellerhöchstpreis für Bier einschließlich Steuern auf 61 Mark für bierähnliche Getränke (Ersatzbier) auf 38 Mark für den Hektoliter erhöht. Dazu sind für Herstellungsorte mit großer räumlicher Ausdehnung Ausnahmen vorgesehen, die Hektoliterpreise von 68 und 65 Mark möglich machen.

Ueber den deutsch-polnischen Warenaustausch, wie er in den Berliner Verhandlungen vereinbart wurde, wird jetzt mitgeteilt: Deutschland liefert innerhalb fünf Monaten Kohlen, Bisternen, Lokomotiven und Stickstoffdünger im Gesamtbetrage von 471 400 000 Mark, die Polen dagegen liefern Kartoffeln, Gänse, Melasse und Spiritus im Gesamtbetrage von 120 300 000 Mark. Der Ueberschuß zugunsten Deutschlands beträgt demnach 351 100 000 Mark.

Fernsprechverkehr mit Frankreich. Der Fernsprechverkehr zwischen dem besetzten Deutschland und Frankreich ist jetzt in demselben Umfange wie vor dem Kriege wieder zugelassen. Der Verkehr ist jedoch wegen des Fehlens unmittelbarer Leitungen stark behindert und muß daher mit erheblichen Verzögerungen gerechnet werden. Die Gebühren betragen etwa das 3½fache des Vorkriegspreises.

Hilfe für die Wiener Kinder. Den Mailändern Blättern zufolge sind Dienstag Mittag die ersten 463 Wiener Kinder in Mailand eingetroffen, um nach einem kurzen Imbiß in die Riviera gebracht zu werden. Während der Fahrt durch Oberitalien wurden sie überall Gegenstand herzlichster Aufnahme namentlich durch die Eisenbahner, die ihnen Milch, Schokolade und Geld anboten. Wie aus Montevideo gemeldet wird, veranstalteten die Aerzte Uruguays, die in Wien studiert haben, Sammlungen für die Wiener Kinder.

„Die Kämpferin".

ist das Organ der klassenbewußten Proletarierinnen im Erwerbsleben und der Hausfrauen. Wie die übrige Presse der revolutionären Arbeiterschaft, darf sie daher in keinem Arbeiterhaushalte fehlen!

Die Zeit, in der wir leben, erfordert auch von den Arbeiterinnen und Hausfrauen vollstes Bewußtsein der Interessen ihrer Klasse! Unerschwinglich teuer wird die gesamte Lebenshaltung! Der Preiswucher feiert Triumphe wie nie zuvor. Die republikanische Regierung hat sich als völlig unfähig erwiesen, ihm nachdrücklichst und erfolgreich entgegenzutreten!

Alle Lohnerhöhungen werden mehr als ausgeglichen von der Verteuerung aller notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände. Immer größer wird daher das Elend in den Arbeiterkreisen. Besonders auch in den Reihen jener Millionen von Frauen, die allein für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt erringen müssen.

Dazu kommt, daß abermals eine Verkürzung des Einkommens erfolgen wird durch die gewaltigen Steuerlasten, die demnächst in Wirksamkeit treten.

Der Kampf gegen ein System, das die Arbeiterschaft immer härter bedrückt zugunsten einer kleinen Oberschicht von Besitzenden, kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Glieder des Proletariats ihn gemeinsam führen!

Deshalb ist es politische Pflicht und ein Gebot der Klugheit, wenn gerade auch die Frauen mehr als je zuvor ihren Einfluß im öffentlichen Leben geltend machen!

Ihnen die hierzu erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, sie zu schulen für ihr Mitwirken im Kampfe um die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, ist die Aufgabe der

„Kämpferin"

Ihr kann das Werk nur gelingen, wenn sie in die Hände aller klassenbewußten Proletarierinnen gelangt! Je größer die Gemeinde, um so größer ihr Einfluß!

„Die Kämpferin",

das Organ der Arbeiterfrau, muß deshalb von allen Frauen und Mädchen des Proletariats gelesen und abonniert werden! Dann erst kann sie recht ihre Aufgabe, Vorkämpferin sozialistischer Fraueninteressen zu sein, erfüllen.

Frauen und Männer! Werbt deshalb Abonnentinnen für

„Die Kämpferin"!

Ihr arbeitet damit zugleich wirksam für euer Wohl!

Bestellungen werden in allen Filialexpeditionen der „Freiheit", sowie in der Buchhandlung der „Freiheit", Breite Straße 8/9, entgegengenommen. „Die Kämpferin" erscheint alle 14 Tage und enthält eine vierwöchentlich erscheinende Kinderbeilage. Der Bezugspreis beträgt durch die Post oder Buchhandlung ohne Bestellgeld 1,30 M. pro Vierteljahr, die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Die Nummer 21, die demnächst erscheint, wird in großer Auflage als Propagandanummer verbreitet und enthält Prospekte und Abonnementsanmeldungen.

Gewerkschaftliches.

Angestelltenausschüsse im Versicherungsgewerbe.

Von zuständiger Stelle wird bekanntgegeben: „Infolge der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages vom 12. Mai (Reichsgesetzblatt Nr. 294 vom 23. 12. 1919) und der Rechtsauskunft des Reichsarbeitsministeriums bleiben die Bestimmungen des Reichstarifs auch nach dem 1. Januar 1920 weiter in Kraft. Der Tarifvertrag kann infolge dieser allgemeinen Verbindlichkeitserklärung nicht einfach durch Maßnahmen der Arbeitgeber außer Kraft gesetzt werden. Hierfür ist vielmehr eine entsprechende Bekanntmachung des Reichsarbeitsministeriums erforderlich. Vorläufig gilt demzufolge auch der § 8 des Reichstarifvertrages über die Rechte und Pflichten der Angestelltenausschüsse weiter. Ueberhaupt regelt sich das gesamte Dienstrecht der Angestellten nach wie vor nach dem Reichstarif. Wenn versucht wird, diesem Recht ständig zuwider in den Versicherungsgesellschaften zu verfahren, so wollen sich die betreffenden Angestellten bezw. ihre Vertreter unverzüglich mit den Tarifkontrahenten, dem Zentralverband der Angestellten, in Verbindung setzen. Ohne diese zuvorige Verständigung sollen in den Versicherungsgesellschaften keine Abwehrmaßnahmen der Angestellten unternommen werden."

Groß-Berlin.

Anfang 1920.

Das alte Jahr ist hin. Wir schreiben 1920. Der Uebergang war schmerzlos. An manchen Stellen der Stadt war es lebendiger als früher. Es wurde stark geknallt, aber zum Glück ohne Schaden anzurichten. Die Straßenbahn hatte ihren Verkehr verlängert, was aber nicht genügte. Viele, die bekannte Familien besuchten und nicht gleich nach 12 Uhr sich verabschiedeten, mußten weite Wege zu Fuß zurücklegen. Zum Glück war das Wetter erträglich.

Der erste Tag im Jahre brachte die diversen Gratulanten. Immer noch! Die Portiersfrau in ihrer Not gratulierte den Mietern. Warum, weiß jeder.

Und dann brachte die Zeitungsfrau den Glückwunsch der Botenfrau. Man hätte annehmen sollen, die Organisation hätte diesen Brauch längst abgeschafft, denn wer nicht gerade am Ende des Jahres Zeitung trägt, kann ohnehin nicht gratulieren. Dann der Briefträger, der die Gratulationen bringt.

Immer ist das Trinkgeld noch nicht ganz ausgemerzt. Auch in den Restaurants nicht. Da liegt es aber am Gast. Der gestrige Tag brachte uns zum ersten Male den 30-Pfennig-Tarif der Straßenbahn.

Im ganzen stand der Anfang des Jahres 1920 unter dem Zeichen der Gratulationen. Wenn nur der zehnte Teil aller Wünsche in diesem Jahre in Erfüllung geht, soll das Jahr begrüßt werden.

Wirksamkeit und Unwirksamkeit von Mietsteigerungen.

Der Magistrat teilt mit: „Nach § 5 der Verordnung vom 9. Dez. 1919 betreffend Einführung der Höchstpreise für Mietzins, Steigerungen und Kündigungen ist zum Zwecke der Mietsteigerung vom Tage nach der Verkündung der Verordnung (d. i. 16. 12. 19) bis zur Veröffentlichung der Beschlüsse des Verbandsausschusses über die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen von Mietsräumen unwirksam. Nach den für § 5 gegebenen Ausführungsbestimmungen werden aber die Kündigungen, denen das Mietseinigungsamt vorher zugestimmt hat, mit der Veröffentlichung der Beschlüsse des Verbandsausschusses wirksam. Der Gesetzgeber wollte also den Vermietern das ihnen zustehende Recht der Kündigung nicht nehmen, sondern lediglich deren Wirksamkeit in der Schwebe halten, bis die Beschlüsse des Verbandsausschusses veröffentlicht sind. Er bezweckte damit, daß die Mietsparteien nicht vor Veröffentlichung der Beschlüsse des Verbandsausschusses ein Abkommen über die Miethöhe treffen, daß sie vielmehr vor einer endgültigen Regelung der Mietszinshöhe die Verbandsausschußbeschlüsse abwarten. Der Magistrat Berlin hat mit Vertretern der Groß-Berliner Mieteinigungsämter neue Richtlinien für die Mehransprüche der Vermieter aus § 8 der Verordnung vom 22. Juni 1919 betreffend Einwirkung der Höchstpreise auf Mietsverhältnisse sowie Richtlinien für den Minderungsanspruch der Mieter wegen Beschränkung der Warmwasserversorgung aufgestellt. Sie werden in aller Kürze bekanntgegeben werden."

Raubmord in Berlin N.

Ein Kapitalverbrechen, das bereits vor zwei oder drei Tagen verübt worden ist, wurde gestern nachmittag in dem Hause Gotzkowskystraße 32 entdeckt. Dort wurde die am 21. März 1857 in Jurge geborene Schneiderin Margarete Dummuk ermordet und beraubt aufgefunden.

Die alte Dame bewohnte dort im ersten Stock des Vorderhauses eine aus zwei kleinen Stuben bestehende Wohnung für sich allein. Eins der Zimmer hatte sie bis vor kurzem an einen Studenten abgegeben. Seitdem war es unbewohnt. Sie selbst hauste in dem anderen Zimmer und lebte sehr zurückgezogen. Sie gab sich mit niemandem im Hause ab. Ihren Lebensunterhalt erwarb sie durch Näten und Schneidern. Außerdem aber verdiente sie durch Wahrsagen und Kartenlegen noch nebenbei. Sie erhielt häufig den Besuch von jungen Mädchen, während sie Männern nur selten Zutritt gewährte. Gestern nachmittag um 3½ Uhr hörte ein Hausnachbar, dessen Toilettenraum unmittelbar neben der Dummukschen Wohnung liegt, die Katze der Nachbarn jämmerlich miauen. Er schöpfte Verdacht, dies um so mehr, als sich in dem Briefkasten noch mehrere Briefe und [illegible]

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Zeitungsspediteur oder direkt bei der

Buchhandlung der „Freiheit"

Breite Straße 8-9

die „FREIE WELT!"

rung vom 30 5. M. betrieben. Er teilte seinen Verdacht seinem [illegible] mit, mit dem er gemeinsam die [illegible] Wohnung [illegible]. Zu dem zur rechten Hand gelegenen kleinen Zimmer, das das alte Fräulein abzuvermieten pflegte, fand man die Wohnungsinhaberin tot neben dem Bett mit dem Gesicht auf dem Fußboden liegen. Auf der Leiche lag ein kleiner weißer Tischläufer mit dem die Tote erdrosselt worden ist. Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche sonst nicht sichtbar. Das Bett, neben dem die Tote lag, war unberührt. Auf dem Tisch standen Kaffeetassen und Kuchenreste. Mehrere Teller lagen zerschlagen auf dem Fußboden. Sie lassen daraus schließen, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein kurzer Kampf stattgefunden haben muß. Die Behältnisse in diesem Zimmer waren unberührt. Um so wüster sah es in dem zweiten, dem Wohn-, Schlaf- und Arbeitszimmer der Näherin aus. Hier war alles erbrochen und durchwühlt. Was dem Täter in die Hände gefallen ist, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich aber hatte die Ermordete Ersparnisse. Sie hob diese in einem kleinen Schrank auf, der gleichfalls erbrochen worden ist. Der Gashahn in diesem Zimmer war geöffnet. Dies läßt daraus schließen, daß der Mörder, nachdem er sein Opfer in dem möblierten Zimmer umgebracht hatte, dort den Gashahn geschlossen, in dem anderen Raume aber das Licht hat brennen lassen. Es ist dann erloschen, nachdem das Gas des Automaten verbraucht war.

Gleich nach Entdeckung des Verbrechens benachrichtigte das zuständige Revier der Kriminalpolizei, die sofort das weitere veranlaßte. Am Tatort erschien alsbald der Chef der Kriminalpolizei Ober-Regierungsrat Hoppe und die Kriminalkommissare des Mordbereitschaftsdienstes. Medizinalrat Dr. Stoermer erschien ebenfalls alsbald, untersuchte die Leiche und stellte fest, daß der Tod durch Erdrosselung eingetreten ist. Die Ermittelungen nach dem Täter wurden sofort eingeleitet, doch fehlt bisher noch jeder Verdacht. Für die Aufklärung des Verbrechens und Ergreifung des oder der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Die Weihnachtsfeier der Ehrendamen.

Uns wird geschrieben:

„Am Sonnabend, den 27. 12., fand eine sehr interessante Feier am Schlesischen Bahnhof statt, bei der vierzig kriegsgefangene Heimkehrer und Flüchtlinge zusehen durften. Um 5 Uhr versammelten sich die Ehrendamen im Saal. Ein Tisch wurde weiß gedeckt und der Weihnachtsbaum angezündet. Dann nahmen die Damen, acht an der Zahl, und drei Sanitäter an der Tafel Platz. Es wurde Bohnenkaffee und Ia Friedenskuchen aufgetragen und mit Behagen verzehrt. Die bedauernswerten Heimkehrer und Flüchtlinge standen mit Tränen in den Augen und vor Hunger und Kälte zitternd dabei. Anschließend war Tanz, die Kapelle war von zwei Sanitätern gestellt mit Mundharmonika und Gitarre."

Wenn sich die Dinge so, wie geschildert, abgespielt haben, so scheint den Damen jedes Gefühl für ihre Aufgabe abzugehen. Wenn sie schon glaubten, für sich besonders eine Feier veranstalten zu sollen, so hätten sie das für sich tun sollen.

Im übrigen läßt sich derjenige, der andern helfen will und helfen kann, daran genügen, seine Pflicht getan zu haben, nicht aber in dieser Weise sich selber beweihräuchern.

Zur Toleranz der christlichen Kirche.

Paul Schleifring, ein stiller, aber treuer Parteigenosse, mußte auf dem Friedhof der Jerusalemer Gemeinde von seinen Neuköllner Parteigenossen nicht nur zu Grabe geleitet, sondern buchstäblich getragen und in die Gruft hinabgelassen werden, da es die bestellten kirchlichen Leichenträger mit ihrer christlichen Nächstenliebe nicht vereinbaren konnten, einem toten Roten, dessen Sarg wohl rote Schleifen, aber kein Pfäfflein folgte, den letzten Dienst zu erweisen.

Der Austritt aus der Landeskirche ist die beste Antwort auf diese kirchliche Unduldsamkeit. Die Kommunen haben die Pflicht, für kommunale Friedhöfe zu sorgen.

Sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat der Genosse Böttcher. Als Nachfolger tritt Genosse Otto Kroog in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Fünfzehn Kircheneinbrüche sind in letzter Zeit von Personen verübt worden, deren Festnahme jetzt erfolgt ist. Auf ihr Konto kamen die Einbrüche in die Kirchen von Blankenburg, Mahlsdorf, Kaulsdorf, Heinersdorf, Malchow, Tempelhof, Biesdorf und Buch. Wertvolle Teppiche hatten sie mit einem gemieteten Auto ab und brachten sie nach Berlin. Andere Einbrecher suchten Berliner Kirchen heim, auch die in Wilmersdorf, Großbeeren, Lankwitz und Dahlwitz.

Falsche Beamte haben bei einem Kaufmann in der Rosenthaler Straße 100 000 Mark in Tausendmarkscheinen beschlagnahmt. Bei dem Kaufmann erschienen zwei Männer, die sich als Beamte ausgaben, einer in Zivil, der angab Kriminalkommissar Börger zu sein, der andere in richtiggehender Polizeiwachtmeisteruniform. Ueber die „Beschlagnahme" stellte der „Herr Kommissar" eine Quittung aus und sagte dem Kaufmann, daß das Geld im Zimmer 168 des Berliner Polizeipräsidiums niedergelegt werde und dort entschieden würde, ob es beschlagnahmt bleibe oder ihm wieder ausgehändigt werde. Erst nachdem sich die „Beamten" entfernt hatten, stieg dem Kaufmann der Verdacht auf, daß er damit nicht seine Richtigkeit habe. Er erkundigte sich auf dem Polizeipräsidium und wurde so bald gewahr, daß er Gaunern ins Garn gegangen war. Der „Herr Kommissar" ist etwa 30 Jahre alt, 1,65 Meter groß und schlank, hat schwarzes, geschorenes Haar und einen kleinen gestutzten Schnurrbart und trug einen dunkelgrünen Filzhut, der vorn heruntergezogen war und einen dunklen Ueberzieher. Der „Polizeiwachtmeister" ist etwa 40 Jahre alt und hat ein bartloses Gesicht.

Gasvergiftungen wurden Neujahr von allen Seiten gemeldet. Leider abermals mehrere zu spät. U. a. hatten sich zwei Personen in der Kirchstraße 3 mit Gas vergiftet; davon mußte eine nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden. Im Siechenhaus, Fröbelstraße 7, fand eine Sieche ihren Tod. Der 11. Löschzug der Feuerwehr wurde einer Gasvergiftung wegen nach der Camphausenstraße 21 alarmiert. Als die Wehr dort eintraf, war der Tod schon eingetreten. Auch in der Kurfürstenstraße kamen die Bemühungen der Samariter bei einer Vergifteten zu spät. Ferner wurden noch Gasvergiftungen aus der Weißenburger Straße 52, Anhaltstraße 14, Kirchbachstraße 41, Rathenower Straße 8, Transvaalstraße 18 gemeldet.

Aus den Organisationen.

16. Distrikt, 1. Abteilung. Am Freitag, den 2. Januar, findet in der Schulaula eine Abteilungsversammlung statt.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr Sitzung des Aktionsrats im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Pankow. Freitag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, Extrazahlabend. Außerordentlich wichtige Tagesordnung!

Bernau. Sonnabend, den 3. Januar, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei F. Wünsche, Bürgermeisterstraße. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Vereinskalender.

Sozialistische Proletarierjugend Prenzlauer Vorstadt. Während der Schulferien finden unsere Veranstaltungen Montag und Freitag im Lokal von Goulard, Lychener Straße 20, statt.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Karlshorst-Friedrichsfelde. Sonnabend, den 3. Januar, 8 Uhr, Generalversammlung in der Aula des Gymnasiums. Eintritt nur gegen Mitgliedskarte.

Bund der techn. Angestellten und Beamten, Behörden-Angestellte. Montag abend 6 Uhr im Großen Börsensaal, Neue Friedrichstr. 53/56. Protestversammlung gegen die Verschleppung des Reichstarifvertrags.

Turnverein Fichte (Moabit). Am Freitag, den 2. Januar, abends 6½ Uhr, eröffnet der Verein in der Turnhalle Stephanstr. 3 eine Knabenabteilung (4 B). Die Arbeiterschaft im NW. Berlins wird hierauf besonders aufmerksam gemacht und gebeten, ihre Kinder in die Turnstätten von „Fichte" zu senden. Auskunft über die Turnhallen und Turnzeiten sind in der Geschäftsstelle Köpenicker Straße 108 vorn 1 Treppe, Telephon Mpl. 6522, zu erfragen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ U.: Predigt in Litauen

Opernhaus 7 Uhr: Evangelimann.

Schauspielhaus 6½ Uhr: Maria Stuart

Direktion Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 7½ U.: Schloß Wetterstein. Sonnabend: Kameraden. Sonntag nachm.: Erdgeist (Lulu: Maria Orska). Abd.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus 7½ Uhr: „Sie". Sonnabend: „Sie". Sonntag: „Sie"

Berliner Theater 7.15 Uhr: Bummel-Studenten

Lessing-Theater Direktion: Viktor Barnowsky. 7 Uhr: Peer Gynt. Sonnabend 7½ Uhr: Pygmalion. Sonntag 7½ Uhr: Pygmalion

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Cyprienne (Konstantin, Götz, Walter)

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Eveuen Humbrecht. Freitag 4 Uhr: Max u. Moritz. Sonnab. 4 U.: Hänsel u. Gretel.

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: Maskerade. Freitag 4 Uhr: Hänsel u. Gretel. Sonnab. 4 Uhr: Max u. Moritz

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Die Chardasfürstin. Sto. 3½ U.: Familie Hannemann

Rose-Theater 7½ Uhr: Die Brandstifterin.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr. Der Schlager der Spielzeit: Schniepels Lene. Berliner Volksstück in 3 Akt. Vorher erstkl. Spezialitäten. Am 4. Januar 3 Uhr: „Frohes Fest"

Neues Operettenhaus Direktor: Jean Kren. Allabendlich 7 Uhr 30 Min.: Die Dame vom Circus

Circus Busch Heute sowie tägl. 7½ Uhr: Das neue Progr. Zum Schluß: Aphrodite

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. 7½ Allabendlich 7½, Sonntags 3½ u. 7½. Unübertreffliches Varieté-Programm!

Wintergarten. täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Theater am Kottbuser Tor. Tel.: Moritzplatz 14814. Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr: **Elite-Sänger** 9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Blüthgen-Konzert. Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Eichhofsbauer Volks-Varieté. Warschauer Str. 34/36. Die Burleske: Der blaue Esel, Bayrisch. Volksstück.

Fortuna-Lichtspiele Müllerstrasse 12c. 2 Erst-Aufführungen für den Wedding. Der Blick in den Abgrund. Ergreifendes Drama in 5 Akten mit Käte Haack, Wilh. Diegelmann. dazu d. pikante Lustspiel „Eine Nacht, gelebt im Paradiese . . ." Hauptdarsteller: Reinhold Schünzel, Wanda Treumann. Voranzeige! Vom 4. bis 8. Januar: Panopta. 1. Teil: In den Klauen des Frauenräubers!! Gewaltiger Sensationsfilm!!

Kupferleitungen elektr. Kronen u. sämtl. Installationsm. kauft Bartelt, Blumenstr. 98. Telefon Königstadt 2018. Elektr. Anlag. werden reell u. schnell ausgef.

Kaufe höchstzahlend Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial. Elektr. Werkst. Neukölln, Kottbuser Damm 96, E. nr. Schinkestr. Tel.: Mpl. 8 57

Schnellaufbohrer, neue, sowie Schmirgelleinen, Naturstahl, kauft höchstzahlend jeden Posten Hepschel, Moabit, Rostocker Straße 22, Ecke Wittstocker Straße.

Schaubühne Moritzplatz früher Buggenhagen. Das sensationelle Januar-Programm. Der große Lachschlager „Mayer mit dem Hängeboden" in der Hauptrolle Paul Bendix und 10 erste Varieté-Attrakt. Anfang 7½ Uhr

Platin pro Gramm Mk. 142.— kauft **Metallkontor** (Hallesches Tor) Alte Jakobstr. 138. Telephon Moritzplatz 12858.

Goldmünzen, Silbermünzen, Platina, alte Gebisse, Platin-Zähne nicht unter 8 Mark kauft **Hausdorf,** Palisadenstr. 11, v. II.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel — Litzen, Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend **Silbermann** Neue Königstrasse 32. Fernspr. Alex. 2118.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3705 und 6518.

Zahngebisse Platinabfälle, Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat. Köpenicker Straße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße).

Schnellaufbohrer kaufe laufend jeden Posten, zahle hohe Aufschläge auf Verbandsliste. Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstr. 18. Telephon Alex. 1760.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83/85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung! Am Sonnabend, den 3. Januar 1920, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12, großer Saal **Große Versammlung** aller Betriebs- und Reparaturschlosser. Tagesordnung: Gewerkschaftsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

K. P. D. Arbeiterräte! Am Sonnabend, 3. Januar, nachm. 5 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sängersaal, eine **Fraktionssitzung** statt. Da auf der sehr wichtigen Tagesordnung u. a. Neuwahl des Vorstandes steht, ist das Erscheinen aller notwendig. Wer in Zukunft mehrere Fraktionssitzungen hintereinander nicht besucht, wird rücksichtslos aus der Fraktion ausgeschlossen. Der Fraktionsvorstand.

Trauringe Dukatengold 900. 14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 29,75 an. Verkauf direkt an Private. Goldwaren-Fabrik **Weinstock** G. m. b. H. Centrale: Berlin, Mohrenstr. 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße. Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke. Kottbuser Damm 24. Charlottenburg, Stuttgarter Pl. 5, a. Bhf. Charlottenbg. Tauentzienstr. 6, Schöneberg, [illegible]. Achtung! Geöffnet von 9—6 Uhr. Kein Laden

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Johannisstr. 4. Norden 10621.

Platin! Linke! Platin! Platinazähne nicht unter 7,— Mark. Alte Gebisse. Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung Witwe Emma Linke, Berlin, Blücherstr. 40, v. II, vormals Robert Linke (gr. 1893). Invalidenstraße.

Vor Verkauf von **Quecksilber und Silbernitrat** (Höllenstein) anrufen, zahle konkurrenzlose Preise. **Metallkontor,** Alte Jakobstr. Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor) Moritzpl. 1 888

Platinazähne nicht unter 8,00 Mk. Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen in Gold und Silber. **Platina-Überpreise** zahlt Frau **Knuth,** Zionskirchstraße 34, vorn II

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden. **C. Weissert,** Invalidenstr. 147, 1. Etage, Ecke Bergstr. Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen. Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung. Sprechstunden 10—12 und 4—8, Sonntags 10—12

Auf **Kredit Möbel** Wohnungs-Einrichtungen sow. einzel. Möbelstücke zu billigsten Preisen. Kleinste Anzahlung. Bequemste Abzahlg. Größte Rücksicht. **A. Stein** Oranienstraße 1 [illegible]

Möbel auf Kredit und gegen bar. Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, moderne Küchen sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingungen liefert **Grebler** G. m. b. H. Weinbergsweg 4

Der Nachbarin weitererzählen! Jedes Stück eine Gelegenheit! Wundervolle Plüschmäntel 434,50, 572,50 M., m. Pelz besetzt, hochelegant 768 M., hochfeine Astrachanmäntel 278, 350 M. Warme Ulster 98, 135 M. Dicke Flauschmäntel 268, 310 M., hochelegante blaue reinwollene Kostüme, prima Verarbeitung. Kostüme aus guten Stoffen, blau, schwarz, grau 228, 265, 289,50, 350 M., hochelegante Seidenkleider, schwarz, marine und viele Farben 2.0, 253,50, 278,50, 389 M., wundervolle Ball- u. Tanzkleider 198, 225, 265, 450 M., feine Wollkleider. Röcke aus Wolle u. Seide. Stoffröcke 29,50, 37, 48 M. Warme Unterröcke, Morgenröcke, bildschöne Crêpe-de-Chine-Blusen 89,50, 75 M. Backfischulster 69,50, 89 M. Gediegene Pelzmäntel, Pelzkragen und Muffen. Gelegenheitskäufe Michaelis, Mauerstr. 80 ohne Treppe (neben Cloe)

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit** Ohrensausen, [illegible] über unsere tausendfach bewährten, patentamtlich gesch. Hörtrommeln. Bequem und unsichtb. zu tragen. [illegible] Sanis-Versand, Kösches S. 18

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer. Syphilis, Harn-, Frauenleiden. Heilung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Kiez 1. Höheresonne. Brunnenstraße 185. 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1. [illegible]

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Sämtl. Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen **„Cohn"** 1) Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz) 2) Fennstr. 48 am Weddingplatz 3) Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberg. Str. am Anhalter Bahnhof 4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 229 (naheHermannplatz).

Reelles höchstes Gewicht. Wir kaufen **Kupfer** Blei, Zink, **Messing** Stanniol, Zinnrohre, **Quecksilber** Aluminium, Celluloid, Metallabfälle, Platin, Gold, Silber. **Peters** Prenzl. Str. 24. **Möbus** Waldstraße 3. **Germel** [illegible] Straße 51. **Degener** Schöneberg, Bahnstraße 46. **Haase** Skalitz. Str. 95a, Ecke Lausitzer Platz

Höchste Preise über Tageskurs zahlt für **Platin-** Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen. **Gold-** Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold. **Silber-** Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel nur **Metallkontor** Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138 am Halleschen Tor — Gegründet 1903 — Tel.: Moritzpl. 12858. Tel.-Adr.: Metallkontor Berlin SW 68. Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 12858

Metalle bedeutende Preiserhöhung! **Platin!** Zahngebisse, Zahn bis 75.— Mark. Gold, Silber, Münzen, Salpeters. Silber, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Stanniolpapier, Tressen, Kupfer, Rotguß, Messing, Zinn, Nickel, Weißmetall, Aluminium, Blei, Zink höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro Weberstrasse 31 (Alex. 4243)

Kupfer! Messing! Quecksilber! sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Zahngebisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen. Schmelze Baruch nur Beusselstr. 29.

Messing Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen. Metallschmelze „Goldes" Weidenweg 72 am Baltenplatz.

Botenfrauen stellt ein:
Spedition: Bartsch, Tempelhof, Werder Str. 30.
" Gerhard, Karlshorst, Aug.-Viktoriastr. 57.
" Losch, Niederschönhausen, Kaiserweg 10.
" Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.
" Wengels, Cadiner Str. 11.
" Lode, Markusstr. 23.
" Girschner, Gitschiner Straße 92.
" Wutzky, Johannisstr. 9.
" Werner, Greifswalder Str. 29.
" Kreutz, Friedrichshagen, Viktoriastr. 10a III.
" Sinner, Skalitzer Str. 101.